

UN CLIMATE CHANGE CONFERENCE LIMA COP20 | CMP 10



DIESEN DEZEMBER FINDET IN PARIS DIE 21. UN-KLIMAKONFERENZ STATT. An dieser Konferenz soll als Nachfolgeregelung zum Kyoto-Protokoll eine neue internationale Klimaschutz-Vereinbarung verabschiedet werden.

Die Welt braucht ein ambitiöses Abkommen



Roger Nordmann,
Nationalrat SP,
Waadt

Die wissenschaftlichen Vorhersagen der zwischenstaatlichen Expertengruppe zum Klimawandel (IPCC) werden zunehmend präziser und beunruhigender. Wenn die aktuelle Tendenz keine klare Wende erfährt, wird die globale Durchschnittstemperatur bis im Jahr 2100 um mindestens 4° C und der Meeresspiegel um einen Meter ansteigen. Für Hunderte Millionen Menschen bedeutet ein solches Szenario den Verlust der Existenzgrundlage: überflutete Deltas, Ausbreitung der Wüsten, Versauerung der Meere usw.

Grosses Engagement von Frankreich

Im Dezember tagt in Paris die 21. internationale Klimakonferenz, bei der es darum geht, ein weltweites Abkommen zum Kampf gegen die Klimaerwärmung in der Periode von 2020 bis

2030 aufzugleisen. Viele Regierungen erkennen mehr und mehr den Ernst der Lage. Insofern ist die Ausgangslage eher günstiger als bei früheren Konferenzen. Zudem setzt die französische Regierung alles daran, das Treffen zum Erfolg zu machen; sowohl Präsident François Hollande als auch die Kabinettsmitglieder Laurent Fabius und Ségolène Royal engagieren sich sehr stark.

Ein internationales Abkommen ist als Rahmen fürs politische Handeln auf nationaler Ebene absolut unentbehrlich, weil sich sonst die Behörden mit Verweis auf die fehlende internationale Koordination unschwer um ihre Verantwortung herumdrücken können. Eigentlich müsste es ja einleuchten: Selbst die grössten Staaten wie China oder die USA können, je für sich betrachtet, nicht als Hauptschuldige an den klimaschädlichen Emissionen abgestempelt werden. Deren Eindämmung durch einzelne Staaten löst das Problem der Klimaerwärmung immer nur ein Stück weit.

Schweizer Ziele wenig ehrgeizig

Diese Feststellung wird in der

Schweiz von den Gegnern einer wirksamen Klimapolitik manchmal missbraucht. Grob simplifizierend ist da die Rede davon, dass «*die Schweiz nur für ein Tausendstel der weltweiten Klimagasemissionen verantwortlich ist und ihr Einfluss damit gleich null*». Dabei wirkt ein energischer Einsatz der hochentwickelten Staaten im Kampf gegen den Klimawandel mindestens in dreierlei Hinsicht positiv:

- als Beweis für die aufstrebenden Wirtschaftsnationen, dass die am weitesten entwickelten Länder in der Verringerung des Konsums fossiler Energien ein probates Mittel sehen, ihre ökonomische Effizienz zu steigern;
- als Beweis ihrer Glaubwürdigkeit, was den Abschluss eines internationalen Abkommens begünstigt;
- als Mittel zur Stimulierung des technologischen Fortschritts, dank welchem Emissionsreduktionsziele in Griffweite rücken können, die früher unerreichbar schienen.

Die Schweiz steht stark hinter einem Abkommen dieser Art. Im Hinblick auf Paris hat sie sogar

als erstes Land nationale Verpflichtungsziele formuliert. Der Schweizer Vorschlag ist indessen nur vordergründig ehrgeizig: Von der 50-prozentigen Emissionsreduktion gegenüber dem Niveau von 1990 sollen zwei Fünftel im Ausland stattfinden, durch den Zukauf von Emissionszertifikaten. Hier ist daran zu erinnern, dass dieser Mechanismus, der dem mittelalterlichen Ablasshandel ähnelt, auf Betreiben der USA im Kyoto-Protokoll eingeführt worden war, um dieses zu sabotieren (die USA haben es dann auch nie ratifiziert). Wer genau hinschaut, sieht, dass die Emissionssenkung, zu der die Schweiz Hand geboten hat – minus 30 % im Vergleich zu 1990 –, in Tat und Wahrheit lediglich die Energiestrategie 2050 abbildet, kein bisschen mehr.

Was uns unsanft auf die schweizerische Innenpolitik zurückwirft: Wir müssen nicht nur die Energiestrategie 2050 des Bundesrats durchbringen, sondern auch deren Klimaschutzaspekten mehr Gewicht verleihen. Erste Voraussetzung dafür ist, die Wahlen siegreich zu gestalten.